



Die Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt,
Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Wiesbaden, 7. Mai 2019
Schlossplatz 1-3
Telefon: (0611) 350 - 338
343
Bearbeiterin: Michaela Müller

2. Nachtrag

An

die Abgeordneten des Hessischen Landtags

den Hessischen Ministerpräsidenten
die Hessischen Ministerinnen und Minister

den Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs

den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

die Büros der Fraktionen im Hessischen Landtag

In die Tagesordnung der **3. Sitzung** des

Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

am

8. Mai 2019, 10:00 Uhr,

wird noch folgende Initiative aufgenommen:

Antrag

Fraktion DIE LINKE

**Bodenschutz ist Klimaschutz: Protestcamp gegen Logistikzentrum
in Neu-Eichenberg unterstützen – Die Hessische Landesregierung
muss der Gemeinde Neu-Eichenberg ein Angebot zur Aufgabe
ihrer Pläne unterbreiten**

– Drucks. [20/570](#) –

Petra Müller-Klepper

F. d. R.

Karl-Heinz Thaumüller



HESSISCHER LANDTAG

06.05. 2019

ULA
(328(2))

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Bodenschutz ist Klimaschutz: Protestcamp gegen Logistikzentrum in Neu-Eichenberg unterstützen - Die Hessische Landesregierung muss der Gemeinde Neu-Eichenberg ein Angebot zur Aufgabe ihrer Pläne unterbreiten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Seit dem Wochenende 4./ 5. Mai 2019 haben Klima- und Umweltaktivistinnen und Aktivisten eine Ackerfläche bei Hebenshausen (Gemeinde Neu-Eichenberg) mit einem Protestcamp gegen den Bau eines Logistikzentrums, besetzt. Die Hessische Landesregierung fordert die Hessische Landgesellschaft (HLG), die seit dem 12. September letzten Jahres die Eigentümerin der besetzten Fläche ist, auf, das Protestcamp bis zum Ende der Aktion zu dulden und die Aktivistinnen und Aktivisten in ihrem Protest zu unterstützen. Repressionen oder gar eine Räumung der Ackerfläche darf es nicht geben.
2. Die Hessische Umweltministerin Priska Hinz wird aufgefordert, schnellst möglich mit dem Gemeinderat sowie dem Bürgermeister von Neu-Eichenberg zu verhandeln, den Plan, 80 Hektar fruchtbaren Ackerboden in einen Logistikzentrum umzuwandeln, fallen zu lassen. Die Hessische Umweltministerin macht den Gemeindevertretern und Gemeindevertreterinnen ein Angebot zur Übernahmen, der die bei der landeseigenen HLG aufgelaufenen Kosten für die sogenannte Entwicklung und Vermarktung des Gebietes.
3. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, die Hessische Landgesellschaft (HLG) dahingehend zu verpflichten, stärker als bisher auf das Gemeinwohl und die Prinzipien einer nachhaltigen Landesentwicklung umzusetzen. Die Arbeitsweise der HLG wird so umgestaltet, dass sie einen wirkungsvollen Beitrag zur Senkung der Flächenversiegelung leistet. Ziel muss es sein, die Netto-Null-Versiegelung (Flächenkreislaufwirtschaft) möglichst schnell, spätestens aber bis 2030 zu erreichen.

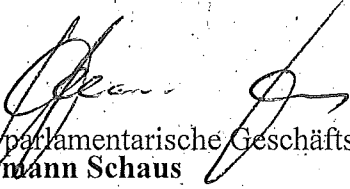
Begründung

Wir müssen unsere Ackerböden besser schützen und dazu müssen auch die Hessische Landesregierung und ihre Landgesellschaft (HLG) einen größeren Beitrag leisten. Die HLG übernimmt für das Land Hessen unter anderem die Domänenverwaltung, organisiert als Ökoagentur die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft und unterstützt die Kommunen bei der Baulandentwicklung. Die HLG befindet sich zu 61,92 % im Besitz des Landes Hessen. 37,11 % gehören der Landesbank Hessen-Thüringen, 0,35 % dem Hessischen Bauernverband e.V., und weiteren 14 Gesellschaftern (Kommunen und Landkreise) gehören zusammen 0,62 %. Damit ist die HLG zu 100 Prozent öffentlichen Interessen verpflichtet.

Seit 1992 sind laut Hessischem Bauernverband über 40.000 Hektar Landwirtschaftsfläche verloren gegangen. Nicht zuletzt auf Grund des Klimawandels steht der Schutz von landwirtschaftlichen Flächen für unsere Ernährung, als Kohlenstoffspeicher und für die Grundwasserneubildung zunehmend im Interesse des Gemeinwohls. In ihrer Arbeit muss die HLG daher auf die Prinzipien einer nachhaltigen Landesentwicklung, den Klimaschutz und die Klimaanpassung verpflichtet werden. Die HLG muss das 2011 in ei

ner Stellungnahme des Bundesrats zum „Fahrplan für ein ressourceneffizientes Europa“ beschlossene Flächenverbrauchsziel von Netto-Null bis 2030 unterstützen. Der Hessische Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek Al Wazir, zu dessen Aufgaben auch die Staatsaufsicht über die HLG gehört, trägt für die Ausrichtung der HLG die Verantwortung.

Wiesbaden, 06.Mai 2019


Der parlamentarische Geschäftsführer:
Hermann Schaus